

Bad Kissingen (27.10.2016)

Netzausbau

Südlink: Bauern fordern Entschädigung

http://www.infranken.de/regional/nur_saalezeitung/Suedlink-Bauern-fordern-Entschaedigung;art156736,2288477

Mehrere hundert Interessierte kamen zum Info-Forum des Netzbetreibers Tennet nach Oberthulba. Ihre Fragen waren kritisch - aber sachlich.

Info-Forum zu Südlink am 27. Oktober 2016 in Oberthulba, Landkreis Bad Kissingen. Foto: Ulrike Müller



von ULRIKE MÜLLER

Sie haben schon Routine, die Leute von Tennet und auch die Bürger. "Heute begegnen wir uns auf Augenhöhe", sagt Landrat Thomas Bold (CSU) am Donnerstag. Der Landkreis präsentiert das Info-Forum des Netzbetreibers, auf dem Podium sitzen nicht nur die Strategen von Tennet, sondern auch Vertreter eines Fachbüros und einer Rechtsanwaltsgesellschaft - engagiert vom Bündnis der 22 Landkreise, die sich entlang des Trassenkorridors für ein faires und transparentes Verfahren einsetzen.

Der Landkreis Bad Kissingen ist sowohl vom östlichen als auch am westlichen Rand von Trassenvorschlägen für die Erdkabel betroffen, die die Rhön selbst jedoch aussparen. Eine Alternative führt unmittelbar an Oerlenbach vorbei. "Für uns gibt es keine Präferenzen", stellt Bold am Rande der Veranstaltung klar, dass keine Variante bevorzugt werde. Alle Raumwiderstände würden gleichberechtigt aufgezeigt. Der Abzweig auf Höhe Oerlenbach aber sollte es "eher nicht" werden, bezieht Bold jedoch zumindest zu einem Vorschlag Stellung.

Landwirte bevorzugen Freileitung

Nach den Fachvorträgen ergreifen die Bürger das Wort. "Ich war entsetzt, dass hier von einer Planung gesprochen wird, aber von den Grundstückseigentümern war noch nie die Rede", meldet sich Karlheinz Vogler, Kreisobmann des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) als Erster. "So einfach ist das nicht!" Applaus. Eine "Sünde am Boden" nennt Georg Scheuring, BBV-Kreisgeschäftsführer, die Erdkabel und fordert jährlich wiederkehrende Ausgleichszahlungen. "Die Landwirtschaft bevorzugt die Freileitungen", sagt er mit Nachdruck. Etwas moderater formuliert es Edgar Thomas. Bei der Gründung der regionalen Initiative Rhönlink hätten auch die Bauern gegen die Verschandelung der Landschaft gekämpft. "Denselben Schulterschluss erwarte ich jetzt auch für uns Landwirte!"

Es ist nicht der Netzbetreiber und auch nicht die Bundesnetzagentur, die diesen Bedenken antworten. Karsten Runge vom Büro Oecos aus Hamburg ist sich sicher, dass die Bauern am Ende nicht zu kurz kommen werden. Das Landkreisbündnis selbst habe bereits im Juni eine Fachtagung "Schutzgut Boden" in Fulda abgehalten, im kommenden Jahr widme man sich der Frage der Entschädigung für Grundstückseigentümer.

Am Bedarf für den Netzausbau wird nicht gerüttelt

Beim Info-Forum kommt auch Grundsätzliches auf den Tisch. "Im Energiedialog wurde die Energiewende nicht zu Ende gedacht", wendet Waldemar Bug (ödp), Kreisrat und Bürgermeister von Burkardroth, ein. "Was jetzt gelöst werden soll, ist der Stromtransport. An Speichermöglichkeiten wird nicht gedacht." Speichertechnologien wie Power-to-Gas seien ein wichtiger Bestandteil der Energiewende, erwiderte Ulrike Platz von der Bundesnetzagentur. "Sie sind aber noch nicht marktreif."

Peter Durinke von der Rechtsanwaltsgesellschaft De Witt aus Berlin stellt klar, dass am Bedarf für die Leitungen nicht mehr zu rütteln ist. Auch dem Bundesbedarfsplangesetz, in dem der Bau der HGÜ-Leitungen festgesetzt wird, sei ein umfangreiches Verfahren vorausgegangen, an dem bereits die Öffentlichkeit beteiligt wurde. Manchen Kritiker in den Reihen wird das nicht überzeugen. Dennoch, die Atmosphäre bleibt sachlich, sogar für Humor ist am Rande Platz.

Nur einmal kommen Emotionen ins Spiel. Ein Mann schildert seinen Eindruck, dass Schutzgebiete nicht vollständig oder falsch in den Karten verzeichnet seien. Wichtige Kriterien wie der Schutz der Heilquellen fehlen ihm. Behutsam gehen die Referenten auch mit dieser Situation um. Auf Nachfrage der Saale-Zeitung erklärt Roland Czekalla von Tennet, dass keiner der geplanten Korridore direkt an den Heilquellen vorbeiführe.

Wo bleibt der Heilquellenschutz?

Die quantitativen Heilquellenschutzgebiete jedoch, die zum Teil größere Landstriche umfassen, würden beim aktuellen Planungsstand tatsächlich noch nicht berücksichtigt. Die Erdschichten, aus denen sich die Heilquellen speisen, lägen in zu großer Tiefe, als dass Erdarbeiten an der Oberfläche ihnen etwas anhaben könnten. Wenn die Planungen weiter fortgeschritten seien, würden aber auch solche Kriterien betrachtet werden, sagt Czekalla.

"Alle Korridore sind noch unbewertet", betont Thomas Wagner von Tennet. Erst in den kommenden Monaten arbeiten die Planer alle Hinweise zu den Trassenvorschlägen ein und gewichten sie, bevor das Planfeststellungsverfahren anläuft. Die Entscheidung darüber, wo die Erdkabel schlussendlich

verlegt werden, trifft aber nicht der Netzbetreiber. Dafür ist die Bundesnetzagentur zuständig. "Es wird am Ende irgendwo Betroffene geben", sagt Landrat Bold, "aber wichtig ist, dass es nachvollziehbar ist."

Klage gegen Südlink erst am Schluss möglich

Karsten Runge lobte die Trassenvorschläge für die Erdkabel als "deutlich objektiver und nach einheitlichen Maßstäben". Das Hamburger Büro unterstützt das Landkreisbündnis Südlink (Hamelner Erklärung) in der Forderung nach einem transparenten Verfahren. Die externe Überprüfung soll sicherstellen, dass die Kriterien überall gleich gewichtet werden und zu einer nachvollziehbaren Entscheidung führen. Runge hält fest, dass die Argumente des Planungsbüro gehört worden seien. Er bittet alle Beteiligten, am Grundsatz der Solidarität festzuhalten. Unterschiedliche Interessen sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die fachliche Prüfung allein sei ausschlaggebend.

Peter Durinke informierte über juristische Möglichkeiten für Betroffene. Der wichtigste Hinweis: Während der Bundesfachplanung können keine Rechtsmittel eingelegt werden. Erst wenn das Verfahren beendet ist, darf der Planfeststellungsbeschluss juristisch angefochten werden. Deshalb sei es wichtig, bestehende Raumwiderstände und geplante Projekte so früh wie möglich aufzuzeigen. Während das Planfeststellungsverfahren läuft, kann die Bundesnetzagentur Veränderungssperren erlassen, um sicherzustellen, dass sich die Planungsgrundlage nicht nachträglich ändert. Die Rechtsanwalts-gesellschaft De Witt wird vom Landkreisbündnis Südlink engagiert.